



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte verbessern
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 06 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2026 von 28.863,2 Tsd. Euro um 833,0 Tsd. Euro auf 29.696,2 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 03 06 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2027 von 29.206,8 Tsd. Euro um 1.715,98 Tsd. Euro auf 30.922,78 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 03 06 werden im Jahr 2026 im Stellenplan 20 Stellen der BesGr. R 1 (Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten) neu ausgebracht.

Begründung:

Die bayerischen Verwaltungsgerichte verzeichnen derzeit einen erheblichen Anstieg der Verfahrenszahlen. So stiegen die Eingangszahlen (Verfahren der Hauptsache und des vorläufigen Rechtsschutzes) zwischen 2022 und 2025 um ca. 90 Prozent (von 30 388 auf 57 792 Verfahren). Der Grund für diese – auch bundesweit festzustellende Überlastung der Verwaltungsgerichte – liegt nach Ansicht des Deutschen Richterbundes vor allem im Asylbereich, da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schneller entscheidet und die Ablehnungsquote steigt. Gleichzeitig ist in Bayern das richterliche Personal an den Verwaltungsgerichten zuletzt 2019 aufgestockt worden.

Der Landtag schafft daher Abhilfe und ermöglicht die Schaffung zusätzlicher Planstellen für Richterinnen und Richter im Eingangsamt an den bayerischen Verwaltungsgerichten.